

Wissenschaftsrat

Pressemitteilung

12/98

Köln, 19. Mai 1998

Hochschulbau bleibt unterfinanziert - Wissenschaftsrat verabschiedet Empfehlungen für den Hochschulbau in den Jahren 1999-2002

Der Wissenschaftsrat hat in Mainz Empfehlungen für den Hochschulbau in den Jahren 1999-2002 (28. Rahmenplan) verabschiedet. Den Beratungen in Mainz war eine kritische Prüfung der rund 3.000 Vorhabenmeldungen der Länder unter wissenschaftspolitischen Bedarfsaspekten vorausgegangen. Im Ergebnis beziffert der Wissenschaftsrat den Finanzbedarf für vorbehaltlos zur Aufnahme in den Rahmenplan empfohlene Vorhaben auf 15,8 Mrd. DM für die Laufzeit des 28. Rahmenplans. Allein für 1999 ist ein Investitionsbedarf von 4,7 Mrd. DM erforderlich. Davon entfallen rund 32 % auf die Medizin und rund 17 % auf die Fachhochschulen. Trotz eines rückläufigen Finanzierungsanteils für die Fachhochschulen hält der Wissenschaftsrat weiterhin an seiner Empfehlung fest, den Anteil der flächenbezogenen Studienplätze für Fachhochschulen deutlich zu steigern.

Der Wissenschaftsrat hat in seine Empfehlungen wichtige neue Vorhaben aufgenommen. So ist beispielsweise der erste

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus.

Belegexemplar erbeten an: Dr. Michael Maurer
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/3776 - 229, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: post@wrat.de

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wrat.de>

Bauabschnitt für das Klinikum Jena-Lobeda nach sehr gründlichen Beratungen mit dem Land jetzt zur vorbehaltlosen Aufnahme in den Rahmenplan empfohlen und ein Neubau für die Universitätsbibliothek in Greifswald. Ein weiteres Beispiel ist die Verlagerung der Biowissenschaften der Universität München nach Großhadern in die Nähe des bereits errichteten Universitätsneubaus für Chemie und Pharmazie, des Klinikums Großhadern und der Max-Planck-Institute im Süden Münchens.

Die Finanzsituation der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bleibt außerordentlich angespannt. Zwar liegt das Empfehlungsvolumen für den 28. Rahmenplan um rund 600 Mio. DM unterhalb dessen, was für das erste Jahr des 27. Rahmenplans empfohlen worden war. Diese Reduktion geht jedoch fast vollständig zu Lasten der Großgeräte, deren Finanzanteile gegenüber den Anmeldungen der Länder erstmals deutlich gekürzt wurden. Der Wissenschaftsrat reagiert damit auf die Praxis des zuständigen Bund-Länder-Gremiums (Planungsausschuß), das in den vergangenen Jahren die vom Wissenschaftsrat erforderlich erachteten Finanzansätze für Großgeräte zuletzt um mehr als 50 % gekürzt hatte, um den festgeschriebenen Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einhalten zu können. "Uns drohte ein Glaubwürdigkeitsproblem", sagte der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Winfried Schulze, bei der Verabschiedung der Empfehlungen in Mainz. Der Wissenschaftsrat habe mit diesem schmerzhaften Schritt zwar die Initiative für eine stärker inhaltlich begründete Bemessung von Globalmitteln für Großgeräte wiedererlangt, entscheidend sei jedoch, daß im weiteren Verfahren die entsprechend reduzierten Ansätze vom Planungsausschuß nicht noch weiter gekürzt würden. Professor Schulze ließ keine Zweifel daran, daß der Wissenschaftsrat sich auch weiterhin dafür einsetzen wird, die Hochschulen im erforderlichen Umfang mit leistungsfähigen Großgeräten auszustatten.

Der Bund hat den Empfehlungen zum Rahmenplan für den Hochschulbau in der Sache, nicht jedoch im Hinblick auf das für erforderlich erachtete Mittelvolumen von 4,7 Milliarden DM zugestimmt. Für das erste Jahr des 28. Rahmenplans werden voraussichtlich nur 3,6 Mrd. DM zur Verfügung stehen. Dies führt dazu, daß der finanzielle Spielraum für neu in den Rahmenplan aufzunehmende Vorhaben immer geringer wird. Darüber hinaus zeichnet sich ab, daß die Einbeziehung von Finanzierungskosten bei Leasingvorhaben in die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu erheblichen zusätzlichen Belastungen des ohnehin unterkritischen Mittelkontingents von 3,6 Milliarden DM führen wird. Der Wissenschaftsrat hat von Beginn an auf diese Gefahr hingewiesen, sich jedoch mit seinem Anliegen, Zinslasten auch bei Leasingvorhaben aus dem Etat der Finanzminister zu finanzieren, nicht durchsetzen können.

Besorgt äußerte sich Schulze über die Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe. In jüngster Zeit sei von unterschiedlichen Seiten die Leistungsfähigkeit der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Hinblick auf die finanzpolitischen Verantwortlichkeiten kritisiert worden. Für den Wissenschaftsrat bleibe die wissenschaftspolitische Zielsetzung der Rahmenplanung, die auf standort- und länderübergreifende Koordination, wissenschaftspolitische Bewertung von Ausbauschwerpunkten und entsprechend sparsamen Ressourceneinsatz ausgerichtet sei, jedoch ein wichtiges Anliegen.